

## 6. Treffen des Deutsch-Französisch-Polnischen Jugendparlaments

Gleiche Chancen in Europa!

26.-31. Januar 2008 im Schloss Genshagen

- RESOLUTION -

---

Ein Projekt im Rahmen der Kooperation zwischen den drei Regionen



Logo of Île de France, featuring a red star and the text "île de France".



Logo of Land Brandenburg, featuring a red silhouette of a bird and the text "LAND BRANDENBURG".



Logo of Mazowsze, featuring a red sun and the text "Mazowsze" in green.

realisiert von



Logo of Maison de l'Europe des Yvelines, featuring a circle of yellow stars and the text "Maison de l'Europe des Yvelines".



Junge Europäische Bewegung



Logo of JEB, featuring the letters "JEB" in blue.



Logo of Stiftung Genshagen, featuring the text "Stiftung Genshagen" in white on a red background.

und



Logo of Les Jeunes Européens France, featuring the European Union flag and the text "Les Jeunes Européens France".



Logo of JEUF, featuring a globe and the text "JEUF". Below it, the text "JEUNES EUROPÉENS FÉDÉRALISTES", "JUNGE EUROPÄISCHE FÖDERALISTEN", and "YOUNG EUROPEAN FEDERALISTS" is written.



Logo of Fundacja Imienia Roberta Schumana, featuring a blue and red shield with a yellow star and the text "POLSKA FUNDACJA IMIENIA ROBERTA SCHUMANA".

---

*Gefördert mit Mitteln des Ministerpräsidenten und des Ministers für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, sowie vom Deutsch-Französischen Jugendwerk, von der Fondation „Entente Franco-Allemande“, vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk und vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.*

*In Zusammenarbeit mit dem Conseil Régional d'Île-de-France und der Wojewodschaft Mazowien.*



Logo of Deutsch-Polnisches Jugendwerk, featuring a stylized wave and the text "dpjw pnwm". Below it, the text "Deutsch-Polnisches Jugendwerk" and "Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzi" is written.



Logo of Deutsch-Französisches Jugendwerk, featuring a blue square with a yellow sun and the text "OFAJ DJW". Below it, the text "Deutsch-Französisches Jugendwerk" and "Office franco-allemand pour la Jeunesse" is written.



Logo of Fondation Entente Franco-Allemande, featuring a blue and red shield with a yellow star and the text "FONDATION FEFA ENTENTE FRANCO-ALLEMANDE".

## **Gleiche Chancen in Europa: Resolution**

Vorstellung der Ergebnisse des 6. Deutsch-Französisch-Polnischen Jugendparlaments am 30. Januar 2008 im Landtag des Landes Brandenburg

Es gilt das gesprochene Wort.

### *1) Interkultureller Dialog:*

*Vorstellung des Projekts EuroBIM (Europa-Brandenburg, Ile-de-France, Mazowien)*

Wir haben uns fünf Tage lang mit dem Thema „Interkultureller Dialog“ auseinandergesetzt. Dabei haben wir festgestellt, dass der interkulturelle Dialog in jedem Lebensbereich vorhanden ist wie z.B. Sprache, Religion, Mobilität usw. Da die Jugend Europas Zukunft ist, haben wir uns entschieden ein Projekt zu entwerfen, das Schüler/innen aus Brandenburg, Masowien und Ile-de-France ermöglicht, ein Praktikum in einer der drei Partnerregionen zu absolvieren. Das Praktikum im Ausland wäre nicht nur eine Möglichkeit, das Berufsleben ein wenig kennen zu lernen sondern auch eine Chance andere Kulturen zu erleben.

Das Projekt ist ein Pilotprojekt, dem wir den Namen EuroBIM gegeben haben. Zielgruppe sind Schüler/innen im Alter von 15 bis 17 Jahren, die an einem Praktikum im Ausland Interesse zeigen. Das Praktikum sollte zwei Wochen dauern. Es kann entweder in der Schulzeit oder in den Ferien durchgeführt werden. Zunächst schlagen wir zwei Partnerschulen pro Region vor, welche jeweils zwei Schüler/innen in eine der Partnerregionen senden. Die Schulen sollten möglichst so ausgewählt werden, dass Schüler/innen unterschiedlicher sozialer Herkunft einbezogen werden. Die Schüler/innen werden für die Dauer ihres Praktikums von Gastfamilien in den Partnerregionen aufgenommen.

Für das Projekt sind vier verschiedene Akteure wichtig: die Regionen, die Berufswelt, die Schulen und die Gastfamilien, die jeweils verschiedene Verantwortungsbereiche übernehmen sollen.

Aufgaben der Region sind:

- Werbung für das Projekt bei den ausgewählten Schulen
- Sammeln von Praktikumsplätzen
- Koordinierungsstelle für Schüler/innen, Schulen, Arbeitswelt und Familien durch die Einrichtung eines Internetportals

Zu der Berufswelt:

Unter Berufswelt verstehen die Schüler/innen z.B. Firmen mit internationaler Präsenz, Kultureinrichtungen, Presseorgane, oder auch Kleinunternehmen in der Agrarwirtschaft. Deren Aufgaben sind:

- Aufnahme in einer Interessentenliste im Internetportal
- Genaue Beschreibung des Praktikums (welche Praktikanten, wie viele Praktikanten, wann, welche Aufgaben, welche Arbeitszeiten, welche Unterstützung)

Aufgaben der Schulen sind:

- Freistellung der Schüler/innen vom Unterricht
- Werbung für das Projekt
- Betreuung eines Bewerbungsverfahrens

Aufgaben der Familien sind:

- Aufnahme eines Schülers oder einer Schülerin aus den Partnerregionen
- Als Gegenleistung nach dem Prinzip der Reziprozität, Garantie für das eigene Kind an der Teilnahme an diesem Programm
- Gestaltung der Freizeit des Gastschülers, um die Region kennen zu lernen

Um für dieses Projekt aufzukommen ist eine Beteiligung von den Regionen, der Berufswelt und der Familien notwendig. Eine Unterstützung von DFJW und DPJW könnte auch individuell beantragt werden.

## *2) Das Europäische Parlament, deine Stimme in der EU ?*

Das Europäische Parlament hat von den europäischen Institutionen die höchste demokratische Legitimation. Die Abgeordneten im EP vertreten die Bürgerinnen und Bürger der EU, sie dienen gleichzeitig als Verbindung in die Wahlkreise, also als Verbindung zur kommunalen und regionalen Ebene.

### *Die Einrichtung eines konsultativen europäischen Jugendkomitees*

Die Jugendlichen waren der Auffassung, dass das deutsch-französisch-polnische Jugendparlament ein guter Ansatz zur Verbesserung der Jugendpartizipation ist, jedoch noch nicht weit genug geht. Um ein verbindliches Engagement und eine breite Wirkung zu garantieren, sollte das o.g. Jugendkomitee eingerichtet werden, das mit Jugendlichen aus allen europäischen Regionen besetzt werden sollte. Die Regionen sollten dieses neue Gremium auch finanziell unterstützen. Ziel dieses Gremiums soll es sein, Ideen und Projektvorschläge zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des bürgerschaftlichen Engagements und zur Verbesserung der Kenntnisse der europäischen Institutionen zu entwickeln. Weiterhin soll es Aufgabe des Ausschusses sein, die Politiken der EU in den Regionen aus der Sicht der Jugendlichen zu evaluieren. Die Plenarsitzungen dieses Gremiums können abwechselnd in den regionalen Parlamenten oder im Ausschuss der Regionen in Brüssel stattfinden.

Das Gremium sollte sich zweimal jährlich treffen und zusätzlich zweimal jährlich gemeinsame Videokonferenzen abhalten. Eine Zusammenkunft im Jahr sollte am 9. Mai stattfinden. Ein weiterer fester Programmpunkt sollte eine Sommeruniversität (Klausurtagung) im August sein, vorzugsweise in einem der drei Gründerländer (Deutschland, Frankreich oder Polen). Weitere Sitzungen wären im Januar und Oktober denkbar, um jeweils die Prioritäten des Rates und des Europäischen Parlaments aufzugreifen bzw. Vorschläge hierfür zu erarbeiten. Bei der ersten offiziellen Zusammenkunft sollte ein Modell zur Zusammensetzung und Wahl der Delegierten entwickelt werden.

### *Die Einrichtung einer europäischen Investitions-Agentur*

Die Zielsetzung dieser Agentur ist die bessere Kontrolle der Verwendung der Strukturfonds-Mittel. Einerseits wird die Wirkung der Strukturfonds in den Regionen kaum von der Bevölkerung wahrgenommen und andererseits wird damit auch Misswirtschaft betrieben. Auf Initiative eines Mitgliedstaates (und mit der Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten), der Europäischen Kommission könnte diese Agentur die Verwendung der Strukturfonds-Mittel in einer oder mehreren Regionen/ Projekten überprüfen. Gegenstand der Prüfung wären die Effizienz und Effektivität der Maßnahme, die Qualität der Investitionen sowie die Vereinbarkeit mit den allgemeinen Zielen der Europäischen Union etc. Dies wäre ein entscheidender Beitrag zur good governance in der Europäischen Union. Besonderes Interesse sollte hierbei den Politikbereichen Infrastruktur, Umweltschutz sowie Kommunikationsnetze gewidmet werden. Die mit der Untersuchung beauftragten Expert/innen stellen einen Bericht mit konkreten Maßnahmenvorschlägen vor, der dann vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat angenommen werden muss (bei Enthaltung des betroffenen Mitgliedstaates). Der Europäische Rechnungshof legt darüber hinaus jährlich eine Bilanz über die Verwendung aller europäischen Gelder vor.

Dieser Bericht sollte dazu dienen, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU umfassend darüber in Kenntnis gesetzt werden, wie ihre Steuergelder verwendet werden.

### *Ein jährliches Treffen der Mitglieder des EP, der nationalen Parlamente sowie der regionalen Parlamente einer Region*

Jede politische Ebene tendiert dazu, das nächst höhere Niveau zu kritisieren und beschädigt damit das gemeinsame Interesse einer positiven Einstellung zum europäischen Integrationsprozess. Daher ist es wichtig, dass die MdEPs und MdBs (aus dem Europa-Ausschuss) einer Region regelmäßig in den Regionen Rechenschaft über ihre Tätigkeiten ablegen und mit ihren Kolleg/innen aktuelle Entscheidungsprozesse diskutieren. Gemeinsam können sie beraten, welche Themen für die Region wichtig sind. Zum Abschluss der Zusammenkunft sollte es eine öffentliche Pressekonferenz mit Vertreter/innen der verschiedenen Ebenen geben.

## *Ein Schulfach „Europa“*

Das Schulfach „Europa“ sollte Schülerinnen und Schülern ab 15 Jahren mindestens eine Stunde pro Woche unterrichtet werden. Die Jugendlichen haben dieses Alter gemeinsam festgesetzt, da es in allen drei Ländern in den Lehrplan passt und zu diesem Zeitpunkt bereits allgemeine politische Vorkenntnisse unterrichtet wurden, auf denen das Schulfach aufbauen kann, um die notwendigen Kenntnisse zur Europäischen Union zu vermitteln.

Das Schulfach sollte die historischen, politischen und kulturellen Aspekte des europäischen Integrationsprozesses behandeln. Sowohl die Rolle und Kompetenzen der verschiedenen Institutionen als auch die Geographie Europas sollten Gegenstand im Unterricht sein. Die Europäischen Gipfeltreffen sollten zum Anlass genommen werden, um die Herausforderungen, Interessen und Positionen der verschiedenen Akteure an einem aktuellen Beispiel zu erklären. Die Regionen Brandenburg, Ile-de-France und Mazowien könnten im Rahmen des deutsch-französisch-polnischen Jugendparlaments eine Vorreiterrolle spielen und gemeinsam den Lehrplan und konkrete Lerninhalte erarbeiten.

### *3) Studieren und arbeiten in der EU: Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe haben drei wesentliche Vorschläge erarbeitet, die wir den Vertreterinnen und Vertretern der drei Regionen und den anderen Gästen nun vorstellen möchten.

#### Die Einführung eines europäischen Kulturpasses

Um die Mobilität der Jugendlichen zu erhöhen, sollte diese Karte es ermöglichen, die öffentlichen Verkehrsmittel der drei Regionen zu günstigen Preisen nutzen zu können. Außerdem sollte er Nachlässe für kulturelle Einrichtungen wie beispielsweise Museen, Kinos, Theater etc. beinhalten. Dieser Kulturpass sollte Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren zu einem Preis von 15 Euro ausgestellt werden können. Damit dieser Pass die Jugendlichen dabei unterstützt, andere europäische Länder zu erkunden indem sie durch möglichst viele Länder reisen können, sollte er nicht ablaufen.

In Polen existiert bereits ein ähnliches Modell, es sollte nun auf die drei Regionen übertragen werden. Sie spielen damit eine Vorreiterrolle für alle europäischen Länder und Regionen.

#### Ein Mobilitäts-Infobus

Diese Maßnahme soll Informationen zu den bereits bestehenden Möglichkeiten, in den drei Regionen zu arbeiten und zu studieren, direkt zu den Jugendlichen vor Ort bringen. Er sollte zweimal pro Jahr durch die drei Regionen fahren und würde aktuelle Broschüren austeilen (auch zu Sokrates, Erasmus, Leonardo und dem Europäischen Freiwilligendienst) sowie Expert/innen und Experten zu diesen Themen in die Schulen und Jugendclubs bringen. Weiterhin sollten feste Informationsstellen der drei Regionen in den Partnerregionen errichtet werden. In Brandenburg sollte es also eine Verbindungsstelle zur Region Ile-de-France und eine Verbindungsstelle zur Region Mazowien geben. Diese Verbindungsstellen würden Informationen zu den Partnerregionen zur Verfügung stellen, Veranstaltungen organisieren und allgemein den Austausch zwischen den drei Regionen auf allen Ebenen fördern. Die genaue Aufgabendefinition und Zielsetzung der Arbeit der Verbindungsstellen könnte beispielsweise in gemeinsamen Sitzungen der Europausschüsse der Regionalversammlungen (in Brandenburg also des Landtags) beschlossen werden, um eine größere Bürgernähe zu garantieren. Außerdem sollten die Jugendlichen in die Beratungen einbezogen werden. Der Bus würde diese Informationsstellen verbinden. In Deutschland und Frankreich gibt es bereits solche Busse. Das Francemobil und das Deutschmobil fahren regelmäßig in Deutschland und Frankreich Schulen an. In Polen existiert solch ein Infobus bisher nicht.

Im Gegensatz zu den bereits bestehenden Infobussen hätte beispielsweise das Brandenburgmobil den Vorteil, ein kleineres Gebiet abzudecken und außerdem die festen Informationsbüros als Unterstützung anlaufen zu können. Damit könnte eine breite Wirkung erzielt werden als sie bisher besteht.

Die Mobilität der Jugendlichen durch eine bessere Fremdsprachenausbildung erhöhen

Dieser Vorschlag beinhaltet mehrere Aspekte des Fremdsprachenunterrichts in den drei Regionen (bzw. Ländern), da nur Brandenburg selbst für Bildungsfragen zuständig ist. Wir schlagen vor, im Alter von vier Jahren mit der ersten Fremdsprache zu beginnen; in Frankreich aber erst ab dem 6. Lebensjahr. Diese Unterscheidung orientiert sich an den unterschiedlichen Altersstufen, in denen in den drei Regionen mit dem Fremdsprachenunterricht generell begonnen wird). Mit Blick auf die Bedeutung der Medien bei der Vermittlung von Fremdsprachenkompetenzen schlagen wir vor, Programme in Originalsprache zu senden. Sowohl im Fernsehen als auch im Radio. Die regionalen Sender in Brandenburg, Ile-de-France und Mazowien sollten „Fenster“ schaffen, in denen sie die bei den Jugendlichen beliebtesten Programme der Partnerregionen in Originalsprache senden. Im Fernsehen wäre auch das Einblenden von Untertiteln in der jeweiligen Landessprache möglich. Langfristig könnte ein gemeinsamer Sender wie beispielsweise ARTE aufgebaut werden.

#### 4) Die Europäische Union in 50 Jahren

Wir betrachten die Europäische Union als Wertegemeinschaft, die es zu schützen und zu stärken gilt. Deshalb halten wir es für unverzichtbar, dass das Bewusstsein für eine europäische Identität gestärkt wird und dass die Union glaubwürdiger in ihrem Handeln wird. Nur als glaubwürdiger und effizient arbeitender Akteur wird sie sowohl unter den Europäern, als auch in der Welt ernst genommen werden und die internationale Gemeinschaft und Politik aktiv mitgestalten können.

##### *Europäische Identität*

Die Europäer/innen einen Werte wie zum Beispiel Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit. Diese zum Teil für selbstverständlich erachteten Gemeinsamkeiten müssen ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zurück gerufen werden. Es ist wichtig, dass die Europäer/innen sich zuerst als solche fühlen, indem sie sich über europäische Werte definieren. Für die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Rolle der Europäischen Union ist es entscheidend, dass die nationalstaatliche Identität nicht an erster Stelle steht. Die Europäische Identität sollte auf unterster Ebene gestärkt werden, zum Beispiel durch die Entwicklung und Förderung von Austauschprogrammen. Wir fordern ein Austauschprogramm, das dem ERASMUS-Programm ähnelt und sich an Schülerinnen und Schüler der Oberstufe richtet. Dieses Programm sollte auf regionaler Ebene bzw. zwischen den drei Regionen Brandenburg, Ile-de-France und Mazowien koordiniert werden. Wir fordern außerdem, dass im Unterricht mehr Wissen über die Europäische Geschichte und die Geschichte anderer europäischer Länder vermittelt wird.

##### *Europäisches Parlament*

Wir erachten das Europäische Parlament für die legitimste Institution in der Europäischen Union, weil es vom Volk gewählt wird und entsprechend die europäische Bevölkerung repräsentiert. Die Reformvorschläge des Vertrages von Lissabon gehen uns nicht weit genug. Das Europäische Parlament sollte mehr Gewicht erhalten. Es sollte in allen Bereichen mitentscheiden. Im Bereich der europäischen Außenpolitik sollte das Vetorecht der Mitgliedstaaten abgeschafft werden. Stattdessen sollte auch hier das EP mehr Macht haben. Dies wird auch zur Stärkung einer europäischen Identität und zur Glaubwürdigkeit der europäischen Entscheidungen beitragen. Wir schlagen weiterhin vor, auf regionaler Ebene den Dialog zwischen den Regionen und dem Europäischen Parlament zu intensivieren. Die Zusammenarbeit zwischen den Regionen sollte sich nicht auf die regionalen Regierungen beschränken, sondern auch die regionalen Parlamente miteinbeziehen. Zudem sollte der Austausch zwischen den Regionalparlamenten und dem Europäischen Parlament gefördert werden. Hierfür sollten Regionalparlamente die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus ihrer Region einladen, um die unterschiedlichen Tätigkeiten zu diskutieren und um eine enge Verbindung zwischen dem Europäischen Parlament und den regionalen Parlamenten herzustellen.

### *Europäische Armee*

Bisher scheitern europäische militärische Operationen häufig an der Bereitschaft der einzelnen Nationalstaaten, Personal und Ausstattung bereitzustellen. Deshalb fordern wir eine Europäische Armee, die parallel zu den nationalen Armeen über feste Kontingente der einzelnen Mitgliedstaaten verfügt. Eine europäische Armee handelt, wenn die Europäische Union dies entscheidet. Militärische Interventionen gelten nach dem Selbstverständnis der Europäischen Union als Zivilmacht als das letzte Mittel. Zuvor wird die Europäische Union alles unternehmen, damit ein militärisches Eingreifen nicht notwendig wird (Krisen und Konfliktprävention, Entwicklungshilfe, humanitäre Einsätze etc.). Die Europäische Armee wird grundsätzlich nur zur Verteidigung eingesetzt, nie zum Angriff. Eine handlungsfähige Armee wird auch zur Glaubwürdigkeit der Europäischen Union und zur Stärkung ihrer Rolle als internationaler Akteur beitragen.

### Umweltschutz

Wir erachten den Umweltschutz als dringendste Aufgabe, die nur global gelöst werden kann. Die Europäische Union sollte sich in diesem Bereich als Vorreiterin sehen: Der Umweltschutz sollte in der EU ehrgeizig und konsequent vertreten werden. Nur, wenn die Union ihn glaubhaft vertritt, kann sie auch die internationale Gemeinschaft entsprechend beeinflussen. Weil noch nicht überall die Notwendigkeit zum Umweltschutz erkannt wird, schlagen wir eine europaweite Kampagne vor, die über die Notwendigkeit des unmittelbaren Handelns aufklärt. Diese Kampagne sollte von den Regionen koordiniert werden. Sie hat zum Ziel, die Einwohner der Regionen für umweltpolitische Einschränkungen und europäisch initiierte Gesetze zu sensibilisieren.

Zudem fordern wir eine europaweite Umweltschutzsteuer. Das daraus eingenommene Geld soll in regionale Fonds eingezahlt werden, aus denen 1. erneuerbare Energien gefördert werden und 2. die in die Forschung erneuerbarer Energien investieren. Das Geld wird direkt, effektiv und entsprechend des Bedarfs verteilt.

### *5) Integrationspolitik*

In den letzten Tagen beschäftigte sich unsere Arbeitsgruppe mit der Integrationspolitik. Nach langen und interessanten Diskussionen haben wir einen Kompromiss gefunden. Wir möchten Ihnen unsere erste Resolution vorstellen, deren Ziel es ist, die legale Arbeit von Immigranten zu fördern.

### Information

Dazu zählt die Bereitstellung von Plakaten und Prospekten, die – übersetzt in die jeweilige Muttersprache der Immigranten – über die Vorteile legaler Arbeit aufklären soll, um die Schwarzarbeit zu verringern. Als Beispiel seien die Gesundheitsversicherung und die Sozialversicherung genannt. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die Plakate etc. in den Stadtteilen mit hohem Immigrantenanteil verteilt werden.

Das Ziel dieser Kampagne ist vor allem die Immigranten zu informieren und die Integration zu verbessern, um ein Gefühl der Zugehörigkeit und Identität mit der lokalen Bevölkerung und der Kultur des Gastlandes zu stärken.

### Interkultureller Dialog

Das Ziel ist, über die Probleme zwischen Immigranten und der lokalen Bevölkerung aufzuklären und somit einen Austausch, eine Bewusstseinsweiterung anzustreben um so Vorurteile abzubauen.

Hierfür schlagen wir mehrere Projekte vor:

1. regelmäßige Partnerschaftstreffen zwischen den Städten / Dörfern der 3 Regionen während eines Wochenendes (zum Beispiel sportliche und kulturelle Aktivitäten)
2. Kulturfestivals zu dem Thema „kulturelle Diversität in den 3 Regionen sowie in der Europäischen Union“
3. Treffpunkte zwischen den Immigranten und der lokalen Bevölkerung (Jugendclubs, Vereinshäuser)
4. journalistische Projekte:
  - Realisierung einer Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche, die von der jeweiligen Region finanziert wird, um in Schulen, Jugendclubs und Kulturzentren verteilt zu werden
  - Wettbewerb für die beste, von jugendlichen Immigranten geschriebene Rubrik, die in einer bekannten Zeitschrift veröffentlicht wurde (der Preis wird von der jeweiligen Region in Kooperation mit der Zeitschrift verliehen)

#### Arbeitsmarkt

Um die Integration auf der beruflichen Ebene zu verbessern, muss in der Agentur für Arbeit eine Abteilung eingerichtet werden, die sich speziell um Arbeit suchende Immigranten kümmert. Dies soll realisiert werden mit Hilfe von:

- der Übersetzung von Papieren
- der Recherche nach Sprachkursen
- der Anerkennung von beruflichen und schulischen Abschlüssen
- der Vorbereitung auf Auswahlgespräche, von Lebensläufen, Motivationsschreiben

Des Weiteren muss das Personal Basisinformationen über die Kultur und über das politische und rechtliche System des Gastlandes bereitstellen. All dies sollte nach Möglichkeit in der Muttersprache der Immigranten vorliegen.

Wir schlagen ebenfalls vor, ein Kooperationsprojekt von Unternehmen der 3 Regionen einzurichten, um die Integration, den kulturellen und sprachlichen Austausch des Personals zu vereinfachen. Dies sollte von den Regionen und von den Stiftungen unterstützt werden.

#### *6) Die Europäische Union in deiner Region*

Als Schwerpunkt der AG wurde die regionalwirtschaftliche Tätigkeit der Europäischen Union beleuchtet. Vorgestellt wurde die Politik der Europäischen Union zur Unterstützung der Regionen, beispielsweise durch FEDER, FEADER/FEOGA, Europäischer Sozialfonds, besondere Aufmerksamkeit kam hierbei den Interreg- Programmen zu, die sowohl die transnationale als auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstützen.

Bei der Einführung in die Thematik wurden folgende fragliche/strittige Punkte benannt, die die weiteren Sitzungen der Arbeitsgruppe begleiteten:

- Inwieweit fließt die Meinung der Zivilgesellschaft in die (politischen) Entscheidungen der Europäischen Union ein?
- Transparenz und Kommunikation (der Programme)
- Gerechtere Verteilungspolitik

Im Folgenden wurde von einer gegenwärtigen Situation ausgegangen, in der die Verteilung des Haushalts zu Gunsten des Agrarsektors und zu Ungunsten der Regionalpolitik bzw. der Themenpolitik nicht zufrieden stellend scheint. Des Weiteren wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als wünschenswert und den Grenzregionen zuträglich, allerdings auch als sehr problematisch, bewertet. In der alltäglichen

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stehen sich oft Unterschiede in Mentalität und Sprache gegenüber, die ein gemeinsames produktives Arbeiten erschweren oder zumindest verlangsamen. Die Rolle der Entscheidungsträger beziehungsweise die Art ihrer Entscheidungsfindung stellt sich sehr bürgerfern dar und wird auch nicht durch eine verstärkte Information der Bürger ausgeglichen. Viele Bürger/innen können aufgrund der Unkenntnis der Möglichkeiten und Programme, die die Europäische Union für sie bereitstellt, kein Vertrauen in die Union fassen und bleiben ihr gegenüber skeptisch.

Für die Zukunft ist es erstrebenswert, die oben genannten Punkte zu optimieren, einen Haushalt zu haben, der die Regionalpolitik nicht benachteiligt und eine produktive grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die keine Hürden/Barrieren kennt. Entscheidungen in diesem Sektor sollte die politische Ebene unter Einbeziehung der Bürger fällen und die Informationen über Programme und Projekte sollten den Bürgern schneller und verständlicher zur Verfügung stehen.

Um diese Ziele zu erreichen, erachten wir folgende Schritte als unerlässlich:

- A) Haushalt vergrößern (absolut und anteilig)
- B) Größere Rolle für Regional-Komitees (Politik), Vorschläge aus Bevölkerung/Umfragen -> Entscheidung in Gremien
- C) Information über alte/neue Mitgliedsstaaten, EU in der Schule, Praxis informieren, einbeziehen

Zu A:

48 % des Haushalts der EU werden derzeit zur Förderung des Agrarsektors verwendet, auf die Regionalpolitik werden nur 1/3 der zu finanziellen Mittel verteilt. Diese Mittel für Regionalpolitik gilt es zu erhöhen. Mögliche Wege zu einer Vergrößerung des EFRE, die im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft angesprochen und beleuchtet wurden, ist einerseits ein höherer prozentualer Anteil der Regionalpolitik am Gesamthaushalt. Diese Erhöhung würde auf Kosten der Agrarmittel stattfinden und daher ist Widerstand von Seiten agrarintensiverer Mitgliedsstaaten zu erwarten. Auch eine Erhöhung der Finanzmittel für Regionalpolitik durch generelle Erhöhung des Haushalts scheint nicht das probate Mittel, da ein Kreislauf in Gang gesetzt würde, der letztlich zu Steuererhöhungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger der EU führen würde.

Festzuhalten bleibt, dass unabhängig davon, in welcher Form eine Erhöhung der Finanzmittel für die Regionalpolitik umgesetzt wird, für eine effektive Regionalpolitik, also für gefestigte transnationale Beziehungen, ein größeres Budget unausweichlich ist.

Zu B:

Derzeit liegen die Entscheidungskompetenzen über die Auswahl der förderungsfähigen Projekte auf politischer und bürokratischer Ebene. Die Bürger/innen einer Region, die von Förderprojekten (im positiven Sinne) betroffen sind, haben keinerlei Einfluss auf die Verteilung der Mittel. Ein größeres Mitspracherecht für Regional-Komitees könnte die Bürger/innen bereits stärker in den Entscheidungsprozess einbinden. Zudem sind Abstimmungen im Internet über Projekte oder auch Bürgerentscheide denkbar. Es scheint etwas einfacher zu sein, Vorschläge dieser Art in föderalen Ländern durchzusetzen als dies in zentralisierten Staaten der Fall ist.

Bei diesen Veränderungen spielen die Regionen eine große Rolle, es ist ihre Aufgabe, ihre Bürger/innen besser zu repräsentieren und ihnen im regionalen Rahmen mehr Einfluss zu geben, unabhängig von der staatlichen Struktur.

Zu C:

Der Unkenntnis der jeweiligen Fördermaßnahmen der EU müssen Mittel wie beispielsweise Europa-Unterricht an Schulen oder intensivere bzw. überhaupt Kontakte mit den Empfängern solcherlei Förderung entgegen gesetzt werden. Nur durch Kenntnis und Verständnis der Mittel zur Förderung kann Vertrauen und Wohlwollen der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union und deren Instrumente der Regionalpolitik erzeugt werden.

Hierbei sind wiederum die Regionen gefordert, besonders in föderalen Staaten haben sie die Möglichkeit, Einfluss auf die Lehrpläne zu nehmen, so dass zum Beispiel ein Europa-Unterricht einmal die Woche eine



Stunde darin Platz findet. In diesem Rahmen ist es möglich, bereits den jungen Europäerinnen und Europäern ein Gefühl für Europa und ein besseres Verständnis der Strukturen/Abläufe/Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union zu vermitteln. Nicht nur die junge Bevölkerung muss angesprochen werden, sondern auch die bereits im Arbeitsleben stehenden Menschen müssen erreicht werden. Oft sind sie es, die „direkter“ mit den Auswirkungen europäischer Richtlinien zu tun haben und dabei auf Verständnisschwierigkeiten treffen. Der direkte Kontakt mit Empfängern der Fördermittel könnte dazu beitragen, dass verstanden, akzeptiert und im besten Fall befürwortet und unterstützt wird, wofür die Gelder der EU aufgewendet werden. Neben Informationen über Maßnahmen auf EU-Ebene sind Informationen in kleinerem Rahmen sicher hilfreich, um der Bevölkerung, die EU-Richtlinien teilweise skeptisch gegenüber steht, in ihrem eigenen Umfeld Maßnahmen zu erklären und verständlich zu machen.

Darum fordern wir:

- A) Erhöhung des Anteils für Regionalpolitik im EU-Haushalt und dabei Verbesserung der Finanzierung transnationaler Zusammenarbeit
- B) Förderung des Mitspracherechts der Bevölkerung durch z.B. Teilnahme der Bürger/innen an regionalpolitischen Entscheidungen
- C) Effizientere Öffentlichkeitsarbeit durch z.B. Europa-Unterricht an Schulen und Kontakten zu Empfängern von Fördergeldern

Kontakt:

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.  
Berlin-Brandenburgische Sektion der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e.V.  
Laura Korbmacher, Landesvorsitzende  
Sophienstraße 28/29  
10178 Berlin  
Telefon: 030/303620160  
Fax: 030/303620159  
Email: [info@junge-europaeische-bewegung.de](mailto:info@junge-europaeische-bewegung.de)